

die noch gläubig Verbliebenen haben das stärkste Empfinden für diese gequälte Unaufrichtigkeit, und dieses Empfinden muß die Gegenläufe in der Partei verschärfen.

So ist die kommunistische Partei von der Entwicklung unweigerlich zum Tode verurteilt. Sie wird zerfallen, und die Sozialdemokratische Partei wird noch lange bestehen, wenn sie längst der Geschichte angehört wird.

Am 20. Februar wird noch so mancher Arbeiter der kommunistischen Werbetrommel nachlaufen. Er wird es in der besten Absicht tun, ohne zu merken, einen wie furchtbaren Schaden er damit seiner eigenen Klasse zufügt. Für unsere Genossen aber in den Betrieben gilt es, diesen Schaden auf das geringste Maß zu beschränken, indem sie ihre schwankenden und unklaren Klaffenschnitten auflösen und der Sozialdemokratischen Partei sozial Stimmen wie möglich zuführen. Kommen wir so über die Gefahr des Augenblicks hinweg — und die B.R.D. ist eine Gefahr nicht für den Kapitalisten, sondern nur für die sozialistische Arbeiterbewegung — dann ist uns um die Zukunft nicht bangel.

Der deutschnationale Parteikrach.

Eine Erklärung Hergts.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Hergt, erläßt eine öffentliche Erklärung, in der er zunächst mitteilt, daß das von uns veröffentlichte „Offene Wort“ (der „erfundene Brief“ nach der „Kreuz-Zeitung“) die deutschnationale Reichstagsfraktion beschäftigen werde. Man scheint also diesem „erfundene Brief“, dessen Echtheit von der deutschnationalen Presse bewußt wahrheitswidrig geleugnet wird, doch eine recht erhebliche Bedeutung beizumessen.

Herr Hergt erklärt dann weiter:

Die „Deutschnationale Korrespondenz“ hat keine Notiz gebracht, daß „überhaupt keine Verhandlungen“ mit Vertretern der Deutschen Volkspartei stattgefunden hätten. Einer entsprechenden Notiz einer rechtsstehenden Berliner Zeitung stehe ich durchaus fern. Wir sind niemals von den Herren Rießer und Beder niedergeschriebene Sätze über die von mir bei der Unterbrechung abgegebenen Erklärungen vorgelesen worden. Die von mir den Vertretern der Deutschen Volkspartei gemachten Vorschläge über eine zu bildende Einheitsfront gehen auf ein gemeinsames Vertrauensvotum für die Regierung; darüber hinaus auf ein gemeinsames interfraktionell zu sicherndes Regierungsprogramm unter Vermeidung aller Parteigegegensätze. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Regierung wurden erörtert, aber nur als Möglichkeiten. Alles das habe ich nie verleugnet, die oben bezeichneten Vorschläge sind vielmehr in unseren späteren Schriftwechsel mit der Deutschen Volkspartei übergegangen. Ich habe also nicht plötzlich angeboten, was ich eben noch verflucht habe.

Sch habe nie den Verdacht gehabt, daß in der Hauptgeschäftsstelle der Partei gegen mich intrigiert werde und habe diesen Ausdruck niemals gebraucht.

Der Fall Kerkhoff ist m. E. weder unglücklich noch verfahren. Ich selbst habe dabei nur insofern mitgewirkt, als ich den Reichsfinanzminister ersucht habe, mir die volle Aufklärung zu geben.

Ich habe nie den Ehrgeiz besessen, heute Preussischer Ministerpräsident zu werden. Mit den Herren Dominicus und Borch habe ich stets die besten persönlichen Beziehungen gehabt. Daß es mir aber eingefallen wäre, sie für eine gemeinsame Koalition als Minister des Innern oder als Unterrichtsminister zu empfehlen, ist frei erfunden. Vorschläge über die Auswahl künftiger Minister haben überhaupt nicht stattgefunden, gerade diese Ausführungen des Manuskripts beweisen seinen Unwert.

Im Dezember 1918 habe ich den Parteivorstand mit dem Vorbehalt übernommen, mit Rücksicht auf meine damals schon geschwächte Gesundheit mein Amt zu gegebener Zeit niederlegen zu dürfen. Nachdem zum Parteivorstand und zum Fraktionsrat im Preussischen Landtag der Fraktionsvorsitz im Reichstage hinzugezogen war, habe ich

wiederholt daraufhin hingewiesen, daß die gleichzeitige Wahrnehmung dieser Ämter meine Kräfte übersteige. Jede Entscheidung über eine Veränderung würde ich aber selbstverständlich nur unter vollster Wahrung des Parteinteresses treffen.

Dazu haben wir zu bemerken: Wir haben keineswegs behauptet, daß alles, was in dem „Offenen Wort“ steht, richtig sein muß. Wir haben in dieser Angelegenheit zunächst überhaupt nur ein Amt und keine Meinung. Unser Amt besteht aber darin, zwischen den beiden Richtungen in der „Deutschnationalen Volkspartei“ der „postillon d'amour“, der Liebesbriefträger zu sein und sie zu einer öffentlichen Aussprache miteinander zu bringen. Wir empfinden die Notwendigkeit zu verbergen sucht, als eine Beschwindelung der Wähler und wollen für mehr Klarheit und Reinlichkeit sorgen. Uns mit einer der beiden Richtungen identifizieren zu wollen, liegt uns natürlich fern.

Sozialdemokratie gegen Kahr.

München, 15. Februar. (M.) Die Sozialdemokraten übten gestern in einer stark besuchten Massenversammlung, in der der Vizepräsident des bayerischen Landtages, Auer, das Wort ergriß, scharfe Kritik an der Regierung Kahr. Auer erklärte: „Kahr hat nichts getan, um zu einem Heilmittel zu kommen, der, organisiert in den Staat eingegliedert, nicht mißbraucht werden könnte. Er hat die Interessen eines kleinen Kreises gegen die Autorität des Reiches ausgeplett. Er hat damit das Wohl und den politischen Kredit des deutschen Volkes geschädigt und die Stellung der deutschen Unterhändler in London ganz erheblich erschwert. Sinegen hat er die Hoffnungen der französischen Chauvinisten, daß das Reich doch noch zerschlagen werden könnte, aufs neue belebt. Daß er den Landtag vollkommen ausschalten versucht hat, das ist es, was ein geordnetes Staatswesen nicht ertragen kann. Das war eine Brüstung, wie man sie sich schlimmer nicht denken kann.“ In einer Entschiedenheit der Versammlung wird eine Politik verlangt, die das Mißtrauen, das überall gegen Bayern vorhanden sei, beseitigt.

Zu weit nach rechts!

München, 14. Februar. (M.) Auf dem Parteitag des Bayerischen Bauernbundes erklärte der Reichstagsabgeordnete Eisenberger, daß in der bayerischen Politik Vorstöße geboten seien, weil norddeutsche Reaktionen nach Bayern abgewandert seien, um unter dem Ausschlagschilde von Ruhe und Ordnung die Reaktion zu fördern. Es könne nichts schaden, wenn der Bayerische Bauernbund zum Ausdruck bringe, daß er nicht mit allem einverstanden sei, was die bayerische Regierung mache. Die Sache gehe zu weit nach rechts und neige zu sehr zur Reaktion. Diese Auseinandersetzungen wurden vom Parteitag mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Waffengemeinschaft Korbach.

Breslau, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Breslauer Volkswacht“ veröffentlicht heute Material über die Tätigkeit der „Waffengemeinschaft Korbach“, einer militärischen Geheimorganisation des bekannten ehemaligen Baltikummeuterees in Schlesien und in anderen Teilen des Reiches.

Das Material, das von verurteilten Angehörigen der Organisation selbst stammt und durch andere Gewährsmänner nachgeprüft werden konnte, ergibt, daß in Berlin-Bannsee, Otto-Graß-Str. 10, der berühmte Baltikumer in der Villa seiner Mutter weiterhin eine große Geschäftsstelle mit einer Reihe von tätigen Offizieren, Schreibern usw. unterhält, die vor allem von großagrarischen Kreisen unterstützt wird. Die Soldaten werden meist als bewaffnete Feldwächter zu je vier Mann auf ein großes Gut gelegt, kommen aber auch als Landarbeiter oder unter anderer Maske unter. Sie bekommen, um die Landarbeiter zu täuschen, zunächst die mit dem Landarbeiterverband tariflich festgesetzten Löhne, außerdem aber aus dem Geheimfonds der Organisation gegen Unterschrift eines politischen Verpflichtungsscheines einen beträchtlichen Zuschuß als Treuprämie. Die Verpflichtung erfolgt schriftlich in sehr

Verdienste um die Volkserziehung zu belohnen mußte. Und deshalb finde ich es sehr unredlich, wenn eine Partei, die in diesem

Wohlfahrt mit dem Bilde des alten Frigen krebten geht, in dem

Reichstagswahlkampf einem sozialdemokratischen Kandidaten einen

Vorwurf daraus macht, daß er angeblich Reisender in Spülklosetts

gewesen sei. Das alte Preußen sah in der Förderung solcher In-

strumente ein Verbrechen, für das es den Adel verließ. Womit be-

wiesen sein dürfte, daß die Deutsche Volkspartei den ganz echten

alten Preußengeist wohl doch nicht hat.

A. J.

Einsteins über die Endlichkeit der Welt. In den Sitzungsberichten

der Berliner Akademie der Wissenschaften, deren Erscheinen jetzt

wieder für einige Zeit gesichert ist, liegt jetzt der bedeutungsvolle

Vortrag Albert Einsteins vom letzten Friedrichs-Tage gedruckt

vor, über Geometrie und Erfahrung. Am Ende seiner dortigen Aus-

führungen erklärt Einstein es nicht für ausgeschlossen, daß die Frage,

ob die Welt räumlich endlich sei oder nicht, in absehbarer Zeit von

der Astronomie beantwortet werden wird. Noch Einsteins allge-

meiner Relativitätstheorie gibt es zwei Möglichkeiten. 1. Die Welt

ist räumlich unendlich. Dies ist nur möglich, wenn die durchquerte

räumliche Dichte der in Sternen konzentrierten Materie im

Welttraum verschwindet, d. h. wenn das Verhältnis der Gesamtmasse

der Sterne zur Größe des Raumes, über welchen sie verstreut sind,

sich unbestimmt dem Werte Null nähert, wenn man die in Betracht

gezogenen Räume immer größer werden läßt. 2. Die Welt ist räum-

lich endlich. Dies muß der Fall sein, wenn es eine von Null ver-

schiedene mittlere Dichte der ponderablen Materie im Welttraum

gibt. Das Volumen des Welttraumes ist desto größer, je kleiner jene

mittlere Dichte ist. Ich will — so fährt Einstein fort — nicht uner-

wähnt lassen, daß ein theoretischer Grund für die Hypothese von der

Endlichkeit der Welt geltend gemacht werden kann. Die allgemeine

Relativitätstheorie lehrt, daß die Trägheit eines bestimmten Körpers

auf Wechselwirkungen zwischen ihm und den übrigen Körpern der Welt

zurückzuführen, wie so auch die Schwere selbst Newton vollständig

auf Wechselwirkungen zwischen den Körpern zurückzuführen ist. Es läßt

sich aus den Gleichungen der allgemeinen Relativitätstheorie ab-

leiten, daß diese rechte Rückführung der Trägheit auf Wechsel-

wirkung zwischen den Massen — wie sie z. B. Mach erfordert hat —

nur dann möglich ist, wenn die Welt räumlich endlich ist. Auf viele

Physiker und Astronomen macht dieses Argument keinen Eindruck.

Letzten Endes kann in der Tat nur die Erfahrung darüber ent-

scheiden, welche der beiden Möglichkeiten in der Natur realisiert ist;

wie kann die Erfahrung eine Antwort liefern? Zunächst könnte man

meinen, daß sich die mittlere Dichte der Materie durch Beobachtung

des unserer Wahrnehmung zugänglichen Teils des Weltalls be-

stimmen lasse. Einstein erklärt das aber für aussichtslos und nennt

einen zweiten Weg, der eher gangbar erscheint. Fragen wir nämlich

nach den Abweichungen, welche die der astronomischen Erfahrung zu-

gehörigen Konstellationen keiner Theorie gegenüber der Newtons

bieten so ergibt sich zunächst eine in großer Nähe der gravitierenden

Massen sich geltend machende Abweichung, die sich am Merkur hat

bestätigen lassen. Falls die Welt endlich ist, gibt es aber noch eine

zweite Abweichung von Newton: das Gravitationsfeld ist so be-

vorchtiger Form, desto energischer jedoch mündlich. Sie geht dahin, daß die organisierten Baltikumer gegen jeden Streik vorgehen müssen, gegebenenfalls auf Arbeiter und Sozialisten zu schießen haben. Für die strengste Einhaltung der Disziplin sorgt eine innere Spitzelorganisation der Arbeitsgemeinschaft, der „Soldaten-Treu-Bund (S.T.B.)“, der unzuverlässige Elemente streng zu bewachen soll, zu beseitigen hat.

Die „Volkswacht“ nennt eine Reihe von schlesischen Großgrundbesitzern, die diese Organisation mit Geldmitteln und durch Waffenanläufe unterstützt, darunter den jüngeren Herrn v. Heydebrand. Sie weist darauf hin, daß auch aus Rügen Wollen nach Schlesien geschafft werden, die dort auf der Insel Buch und dem Jagdschloß Birkow vergraben wurden, wo auch Flugzeugmotoren versteckt worden seien.

Unser Parteiblatt schließt an diese Mitteilungen einen pessimistischen Ausblick auf die Unterdrückung solcher Verschönerungen durch die Gerichte, nachdem soeben im Waldenburger Prozeß die Ortschaft trotz Bildung bewaffneter Banden freigesprochen worden ist. Es fordert, daß mit der Entwaffnung ernst gemacht wird, damit nicht neue schwere außen- und innenpolitische Krisen jede Aussicht auf ruhigen Wirtschaftsaufstieg vernichten, und fordert zur Unterstützung der energischen Entwaffnungspolitik des Genossen Severing am 20. Februar auf.

Der Magdeburger Kommunistenprozeß.

Magdeburg, 15. Februar. Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 30. Mai v. J. ist der Prozeß gegen den Kommunistenführer Albert Vater und Genossen wegen der hier und in Stendal ausgeübten ungesetzlichen Vorbereitungen für einen neuen Kommunistenputsch dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I überwiesen worden. Vater wurde vor einigen Tagen in das hiesige Militärgefängnis als Untersuchungsgewahrgenauer gebracht. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf „Bildung bewaffneter Banden“ (§ 127 des Strafgesetzbuches) und Hochverrat.

Die Korbach und Pfeffer laufen dagegen immer noch frei herum. Da kann das Vaterland ja ruhig sein!

Gegen die Priesdorff-Mache!

Der Verband der Polizeibeamten Preußens, dem zurzeit mehr als 30 000 Berufspolizisten ganz Preußens angehören, hatte eine Aussprache mit den Vertretern folgender Verbände: 1. Vereinigung der höheren Polizeipräsidenten Preußens, E. W. Eichmann, 2. Verband preussischer Landjäger-Beamten, 3. Arbeitsgemeinschaft der Polizei-Obersekretäre Preußens. Diese Aussprache führte zu folgender Entscheidung:

Wir erklären, daß von unserem Standpunkte aus die aus Anlaß der Entlassung des Geheimrats von Priesdorff gegen das Ministerium des Innern in der Tagespresse geführten Angriffe in keiner Weise berechtigt sind. Ganz besonders verurteilen wir aber, daß ein Teil der Tagespresse, insbesondere die „Berliner Morgenpost“ und der „Berliner Lokalanzeiger“, in bewußter Absicht die Sache in das politische Fahrwasser zu leiten versuchen. Diese Stellen geben damit der Auffassung der preussischen Berufspolizisten von Pflicht und Recht eine Beurteilung, die dem Polizeibeamtensstande außerordentlich schadet, die Offenlichkeit über die wirkliche Sachlage irreführt und die wir aus dem schiedensdienste zurückweisen.

Der Vorstand des Verbandes, gez. Schrader, Vorsitzender.

Eine Erklärung Lloyd Georges.

London, 15. Februar. (M.) Man erwartet in dieser Woche eine wichtige Erklärung Lloyd Georges über die Politik der britischen Regierung. „The Daily Mail“ erklärt, Lloyd George werde bereits morgen abend eine Erklärung über die Reparationsfrage abgeben.

Der Frieden zwischen Rußland und Polen ist noch nicht abgeschlossen worden. Es handelte sich bei dem Funkgespräch um eine Pariser Fortschreibung.

Das Spülklosett und das alte Preußen.

Im Jahre 1805 weilte in Berlin ein gewisser Herr Fauche-Borel, der, ursprünglich Buchdrucker oder Buchhändler, eine politische Rolle spielte, da er einer der Hauptagenten der Bourbonen war und in deren Auftrage Umfragen von royalistischer Propagandakolonne nach Frankreich hineinschmuggelte. Wer sich mit der napoleonischen Zensur beschäftigt, begegnet seinem Namen unweigerlich, denn Napoleon empfand sein Wirken durchaus unangenehm. In Preußen schätzte man ihn dagegen, und als man 1805 gegen Napoleon marschieren wollte — infolge der Schlacht bei Austerlitz kam es dann nicht dazu —, hatte Hardenberg ihn für einen wichtigen Posten in der Kriegspropaganda — denn das gab es damals auch schon — bestimmt.

Die preussische Zuneigung zu dem Agenten hat aber Jahre überdauert, denn fünfzehn Jahre später passierte es Fauche-Borel, daß ihm der preussische Adel verliehen wurde. Die „Allgemeine Zeitung“ teilte das Faktum und den Grund mit. Sie schrieb wörtlich: „Se. Majestät der König von Preußen hat den Herrn Louis Fauche-Borel in den Adelsstand erhoben, den eifrigen Beförderer und Mitunternehmer der beweglichen, nicht sinkenden Abtritte.“ Worauf eine eingehende Beschreibung dieser Kulturinstrumente folgt, die nichts anderes als ein Vorläufer des Spülklosetts sind. Man kann aus der Fassung der Notiz eine gewisse Ironie der Redaktion entnehmen, als ob sie die Höhe des Verdienstes bezweifle. Aber da trat für Herrn Fauche-Borel ein Verteidiger in die Schranken, wie er keinen besseren finden konnte, Seine Durchlaucht der Fürst-Staatskanzler von Hardenberg in eigener Person, der an den Verleger der „Allgemeinen Zeitung“, den Buchhändler Cotta, folgenden Schreibbrief schrieb:

„Die „Allgemeine Zeitung“ hat die Standeserhebung des Herrn Fauche-Borel durch Seine Majestät den König auf eine häßliche Art angeklagt. Wenn zur Entschuldigung der Redaktion bei Gelegenheit mancher Beschwerden, die in neueren Zeiten zur Sprache gekommen sind, angeführt worden ist, daß sie, als eine unparteiische Referenten, widersprechende Erzählungen derselben Begebenheit aufnehmen, so kann eine solche Entschuldigung in dem Fall nicht gelten, wo die öffentliche Anerkennung der einem Staate geleisteten Dienste lächerlich gemacht wird. ... Es ist schwer, in diesem Artikel eine doppelte Absicht zu misstrauen: einmal eine Handlung der preussischen Regierung in einem lächerlichen Lichte darzustellen und ferner dem Parteigänger der Feinde der öffentlichen Ruhe zu frönen.“

Er schreibt dann weiter, daß er von einem Verbot der Zeitung in Preußen noch einmal absehen wolle.

Wir scheint, daraus wird zur Genüge klar, wie das alte Preußen

schaffen, wie wenn es außer von den ponderablen Massen noch von einer Masse nicht neutralen Vorzeichen hervorgerufen wäre, die gleichmäßig über den Raum verteilt ist. Da diese fingierte Massen dichte ungewisser klein sein müßte, so könnte sie sich nur in gravitierenden Systemen von sehr großer Ausdehnung bemerkbar machen. Anzunehmen, wir kennen etwa die statistische Verteilung der Sterne in der Milchstraße, sowie deren Massen. Dann können wir das Gravitationsfeld nach Newton berechnen, sowie die mittleren Geschwindigkeiten, die die Sterne haben müssen, damit die Milchstraße durch die gegenseitigen Wirkungen ihrer Sterne nicht in sich zusammenstürzt, sondern ihre Ausdehnung aufrecht erhält. Wären nun die wirklichen mittleren Geschwindigkeiten der Sterne, die sich messen lassen, kleiner als die berechneten, so wäre nachgewiesen, daß die wirklichen Anziehungen auf große Entfernungen kleiner seien als nach Newton. Aus solcher Abweichung könnte man die Endlichkeit der Welt indirekt beweisen und sogar ihre räumliche Größe abschätzen.

Ein unbekanntes Gedicht Hebbels. Dr. Paul Bornstein, der Hebbel-Forscher, hat in dem Jahrgang 1839 der Zeitschrift „Aduna“, die Hebbels Hamburger Gönnerin Amalie Schorpe bearbeitet hatte und die damals Edward Janinski leitete, zwei Gedichte Hebbels gefunden. Sie sind „Emuald“ bezeichnet; so heißt der Rühre- hauptmann und Titelheld des allerfrühesten dramatischen Versuches des 16jährigen Knaben. Bedeutungsvoll für die April des damals 20jährigen Hebbels ist besonders das eine Gedicht:

Die Welt ist eine Träne,
Die Gott der Herr geweiht,
Und die von den leuchtenden Worten,
In die er selber zerbrach,
Doch auch von den dunklen Gewittern,
Die seinen Rufen durchdrückern,
Hell-dunkel widersteht.

6400 deutsche Fachzeitschriften. Wie aus dem Geschäftsbericht des Verbandes der Fachpresse Deutschlands zu entnehmen ist, steht Deutschland mit seinem Reichtum an Fachzeitschriften an der Spitze aller Kulturstaaten. Vor dem Kriege gab es bei uns 6250 Fachzeitschriften; doch stellten während des Weltkrieges über 1900 Fachzeitschriften ihr Erscheinen ein, davon 90 dauernd. Es gab daher Ende 1918 nur noch 4300 solcher Zeitschriften. Seit Anfang 1919 haben aber die Fachzeitschriften wieder aufgenommen, und gegenwärtig bestehen 6400 Zeitschriften und Amtsblätter im Reich.

Waldschnee. Wilmow, 16. Februar, nicht „Nach Domasius I. Teil“ sondern II. und III. Teil.

Widdn Ambrosien wird im Februar in den Kammertheatern des Deutschen Theaters ein auf drei Abende berechnetes Langspiel geben.

Vorläufer. Konstantin Umanoff aus Moskau hält am Mittwoch 7½ Uhr im Saal, Potsdamer Str. 124a, einen Vortrag mit Lichtbildern über die neue Kunst in Sowjet-Rußland. — Die Entmischung der Pflanzenwelt betrifft sich ein Kurios, den Dr. A. Potonié am Donnerstag, nachmittags 6½ Uhr, Geograph. Anst., behandelt. Die Kunst der Gegenwart und die künstlerischen Probleme behandelt Ferdinand Cromeann in 7 Lichtbildvorträgen im Schubert-Saal. Beginn Donnerstag 7½ Uhr.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 15. Februar. (M.B.) Heute morgen trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Sillerer der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu dem Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife sein Gutachten abzugeben. In der Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung der Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach, wie bei der Neuordnung der Gütertarife ab 1. Dezember 1920 eine organische Neuordnung der Personentarife durch.

Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitsfähnen aufbauen, die betragen werden: Für die 4. Klasse 13, für die 3. Klasse 19,5, für die 2. Klasse 27,5 und für die 1. Klasse 35,5 für je 100 Kilometer.

Gegenüber den Friedensfahrpreisen bedeuten diese Erhöhungen eine Steigerung von 550 Proz. für die 4. und 3. Klasse, von 622 Proz. für die 2. und 735 Proz. für die 1. Klasse. Demnach würde z. B. eine Reise von Berlin nach Hamburg künftig kosten: 38 M. (statt bisher 24,4) in der 4., 57 M. (42,4) in der 3., 95 M. (70) in der 2. und 140 M. (105,6) in der 1. Klasse. Für die Strecke Berlin—Frankfurt a. Main betragen die neuen Fahrpreise: 71 M. (49) in der 4., 106 M. (78) in der 3., 178 M. (129,6) in der 2. und 316 M. (241,6) in der 1. Klasse.

Die Schnellzugzuschläge werden unter Beibehaltung des bisherigen 3-Zonen-Systems (bis 75, bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8,16 und 24 M. in der 1. und 2. Klasse und auf 4,8 und 12 M. in der 3. Klasse.

Die neuen Fahrpreise sollen am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Der Hillerprozess plötzlich vertagt.

Der Prozess gegen den früheren Oberleutnant Hiller, der nun bereits zum vierten Male die Militär- und Zivilgerichte beschuldigt, wurde plötzlich vertagt, weil der ehemalige Bataillonsarzt der Aufklärung, vor Gericht zu erscheinen, ohne Entschuldigung nicht Folge geleistet hatte. So mußte dies Verfahren, das in seiner Vorbereitung wochenlang die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte und das einen erheblichen Aufwand an Zeit und Geld erforderte, abgebrochen und vertagt werden. Es ist anzunehmen, daß der Prozess in kürzester Zeit (das heißt nach den Bahnen! Red.) wiederum aufgerollt und dann wohl ohne neue Störungen zu Ende gebracht werden wird.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung, die Landgerichtsrat Braun kurz nach 9 1/2 Uhr eröffnete, sollte der Zeuge Kreisarzt Dr. Rowad aus Kottbus vernommen werden, der von der Staatsanwaltschaft sowohl, als auch von der Verteidigung ordnungsgemäß geladen worden war. Dr. Rowad war Regimentsarzt beim Bataillon des Garde-Füsilierregiments und hatte seinerzeit nicht nur die Mannschaften des 3. Bataillons behandelt, sondern er hatte auch, als in den Karpaten Ruhr und Cholera ausbrach, die man zunächst nicht erkannte, auf Anordnung des Armeekorpsarztes zahlreiche Obduktionen von Toten vorgenommen, die den Epidemien zum Opfer gefallen waren. Dr. Rowad stellte dann fest, daß im 3. Bataillon des Garde-Füsilierregiments Cholera und Ruhr dadurch entstanden waren, daß die Mannschaften aus einem Tümpel Wasser tranken, auf dessen Grunde die Leichen gefallener Russen lagen. Dr. Rowad wurde bereits vor dem Oberkriegsgericht vernommen und gab damals im einzelnen Auskunft über den Gesundheitszustand der Truppe.

Staatsanwalt und Verteidiger erklärten, daß sie ohne diesen Zeugen nicht auskommen könnten. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück, um sich darüber schlüssig zu werden, ob eine Fortsetzung der Verhandlung ohne den Zeugen möglich sei.

Nachdem die Sitzung wie eröffnet worden war, verkündete Landgerichtsrat Braun: „Zu meinem größten Bedauern sehe ich mich genötigt, die Verhandlung zu vertagen, weil das Gericht auf den Zeugen Rowad nicht verzichten zu können glaubt.“

Nach kaum halbstündiger Dauer war damit die Verhandlung beendet.

Die Erklärungen des Gerichts und des Staatsanwalts sind an sich sehr plausibel. Sie haben nur den Fehler, daß ihnen niemand glauben schenken wird. Denn dem einfachen Laienverstande ist es unverständlich, warum man nicht durch telephonische Anweisung den säumigen Zeugen aus Kottbus herbeizulassen könnte. Es gibt doch auch strosprozessuale Möglichkeiten, ihn vorzuführen zu lassen. Und Kottbus ist doch nicht Wladimirof oder Klastal. Da man auch nicht den geringsten Versuch gemacht hat, den säumigen Zeugen habhaft zu werden, so wird man im Publikum folgende Erwägungen anstellen: 1. Was würde mit einem Arbeiter geschehen, der als wichtiger Zeuge einfach unerschicklich ausbleibt? 2. Da der Prozess nicht etwa nur um einen Tag, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, so hat das wahrscheinlich keinen Grund darin, daß manche Leute — sei es der Dr. Rowad oder wer sonst — keine Lust haben, durch Zustellung der Karpatenberichte sich die „nationale“ Durchsparrolle verderben zu lassen. Daß das Gericht durch keinen Vertagungsbeschluß solcher Erwägungen ungewollt Nahrung gab, ist das Bedauerliche aber auch Wertwürdige an der Sache.

Amerikas Flottenprogramm.

Washington, 13. Februar. (M.B.) Nach erregter Debatte wurde im Repräsentantenhaus der Antrag Brooks, daß von den für den Flottenbau im Jahre 1921 bewilligten 90 000 000 Dollars nichts ausgegeben werden soll, bevor Präsident Wilson eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen habe, mit 124 gegen 30 Stimmen verworfen.

Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes. Das Reichsgesetz über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung wird durch eine neue Vorlage an den Reichstag bis zum 30. Juni verlängert werden.

Die neuesten Ausweisungen. Zu der heute früh gemeldeten Ausweisung neuer Polizeibeamter aus Rottow wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß diese Beamten sich geweigert hätten, mit einem neu eingesetzten Kriminalbeamten, der sich eines zweifelhaften Rufes erfreut, zusammenzuarbeiten. Darauf sind sie der preussischen Regierung zur Verfügung gestellt worden, was allerdings in der Praxis auf die Ausweisung hinauslaufen dürfte.

Die russischen Kriegsgefangenen. Das Reichsabwicklungsamt erklärt einen Aufruf an die ehemaligen russischen Heeresangehörigen in Deutschland. Sie müssen sich bis spätestens 15. März d. J. in ihrem Stammlager oder dem nächstgelegenen Kriegsgefangenenlager einfinden, damit sie den letzten Transporten nach Russland angeschlossen werden können. Jegliche Unannehmlichkeiten haben diese Russen nicht zu befürchten, aber sie laufen Gefahr, bei dem großen Ueberfluß an deutschen Arbeitskräften solange in den Lagern bleiben zu müssen, bis Klarheit darüber geschaffen ist, ob ihre Arbeitsstellen nicht von arbeitslosen Inländern einnehmen werden. Für deutsche Staatsangehörige, die dem russischen Heere angehört haben, sowie für die internierten Rotgardisten hat dieser Aufruf keine Gültigkeit.

Groß-Berlin

Eine Falschgeldfabrik ausgehoben.

200 Personen verhaftet.

Ein Ritzverfahren, das nach Umfang und Art seiner Organisation in der Geschichte der Falschmünzerei einzig dasteht, ist jetzt von der Reichsbank-Falschgeldstelle aufgeföhrt. Es beschäftigte sie schon seit mehr als einem Jahre. Solange schon wurden in ganz Deutschland, in Polen und in der Tschechoslowakei falsche grüne Fünzigmarknoten vom 24. Juni 1919 in großen Mengen vertrieben, fast ausschließlich von galizischen Händlern. Im Laufe der Zeit wurden in verschiedenen deutschen Städten nahezu 200 Personen festgenommen, die diese Fälschungen wissenschaftlich in den Verkehr gebracht hatten. Aber es wollte nicht gelingen, die Werkstatt der Fälscher zu ermitteln.

Im August vorigen Jahres konnte der Untersuchungsrichter feststellen, daß als Großverreiber mehrere Mitglieder der Familie Reich aus der Mulackstr. 1/2 in Betracht kamen. Über die Druckerei selbst wurde auch jetzt noch nicht eruiert und die Verbreitung der Fälschungen ging nach wie vor weiter. Erst im November vorigen Jahres fand Kriminalkommissar von Wiedemann die erste Spur der Hersteller. Er stieß bei seinen Ermittlungen auf einen aus Prag gebürtigen Lithographen Emil Palmar und fand in dessen Behausung Beweismittel für eine Fälschung der braunen Fünzigmark-Scheine vom 30. November 1918. Palmar selbst war nach Prag entflohen und versuchte von dort aus durch gefälschte Schriftstücke seinen Besitz der beschlagnahmten Beweisstücke als unerschütterlich und einwandfrei zu erklären. Die Falschgeldabteilung aber stellte fest, daß Palmar mit dem Steinbrückerbesitzer Fuchs in der Prinz-Johanni-Str. 33 zu Reutlingen in Verbindung gestanden hat. Wiederholte Durchsuchungen, die bei Fuchs vorgenommen wurden, blieben jedoch stets ergebnislos. Der Ausgang des Verfahrens gegen den Steinbrückerbesitzer wäre zweifellos geblieben, wenn nicht jetzt die Aufmerksamkeit des Publikums der Falschgeld-Abteilung zu Hilfe gekommen wäre. Ein hiesiger Kaufmann sah zufällig, wie in einem Reutlinger Geschäft eine Frau einen falschen Fünzigmarkschein in Zahlung gab. Er folgte ihr und ließ sie festnehmen, als sie sich seiner Beobachtung durch die Flucht entziehen wollte. Die Reutlinger Kriminalpolizei stellte die Angehaltene fest als die Frau des Buchbinders Erich Gahner aus der Gröfstr. 8 und fand bei ihr und in der Wohnung ihres Schwogers, des Arbeiters Hermann Kelsche, noch weitere falsche Scheine gleicher Art. Frau Gahner gestand, daß diese falschen Noten von Fuchs herrührten. Dieser wurde erneut festgenommen und legte

ein umfassendes Geständnis ab.

Fuchs hat seit einem Jahr die Falschmünzerei gewerbsmäßig betrieben. Mit Hilfe von Palmar und einer Reihe anderer Personen, die inzwischen auch schon festgenommen wurden, stellte er zunächst die braunen Fünzigmark-Hilfsbanknoten vom 30. Dezember 1918 her, dann die braunen Darlehnsscheine vom 29. Dezember 1918 und zuletzt in größtem Umfange die grünen Fünzigmarknoten vom 24. Juni 1919. Durch einen seiner Mitarbeiter, einen Lithographen Willi Derritz aus der Barthestraße 69, trat er mit der Familie Reich aus der Mulackstraße und durch sie mit den Brüdern Adolf und Raib Bernzweig aus der Grenadierstraße 7 in Verbindung. Wie eng sich alle Beteiligten untereinander verbunden hielten, und mit welchen Geldmitteln sie arbeiteten, geht daraus hervor, daß für einen der Verhafteten für seine Entlassung aus der Untersuchungshaft

eine Kaution von einer halben Million Mark

gestellt werden konnte. In Berlin und Deutschland wurden durchweg nur keine Geschäftseute mit den Falschschneidern betrogen. Als Hersteller sind außer Fuchs noch 14 Personen verhaftet worden, die bei seiner „Fabrication“ mitbetätigt waren. Würde man das Strafverfahren gegen die Hersteller mit dem gegen die Verbreiter verbinden, so hätten in der Hauptverhandlung über 200 Personen zu gleicher Zeit auf der Anklagebank Platz zu nehmen.

Der Berliner Haushaltsplan 1920

Der jetzt am Ende des alten Verwaltungsjahres den Stadtordnern vorgelegt werden soll, hat die Städtische Finanzdeputation in ihrer gestrigen Sitzung beschäftigt. Wie berichtet wird, gab Oberbürgermeister Boeck an der Hand des mit 4,8 Milliarden abschließenden Haushaltsplanes einen Überblick über die Gesamtlage. In der allgemeinen Aussprache wurden hauptsächlich die städtischen Werke, insbesondere die Straßenbahnen, besprochen und von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen, daß es bei Fortdauer der augenblicklichen Verwaltungsart schwer halten dürfte, für die Stadt weitere Kredite zu bekommen. Es sei daher für die Werkverwaltungen dringend zu empfehlen, die Umwandlung in gemischt-wirtschaftliche Betriebe vorzubereiten. Auf den von sozialdemokratischer Seite erhobenen Einwand, daß damit das Privatkapital das Lebergewicht erhalten würde, wurde entgegnet, daß die Stadt in allen grundsätzlichen und entscheidenden Fragen den maßgebenden Einfluß behaupten müßte. Auch von einem Verlust der Werke könne bei ihrer Umwandlung in Gemischtbetriebe nicht die Rede sein. Zu einem Beschluß kam es nicht; doch wurden gegen den „Voranschlag“ keine Einwendungen erhoben, so daß er nach der Zustimmung des Magistrats den Stadtordnern demnächst zugehen soll. Da der Haushaltsplan für 1920 eigentlich mehr einen Finanzbericht über das abgelaufene Jahr darstellt, werden auch die Stadtordnern Änderungen an ihm nicht mehr vornehmen können.

Eine sehr stark besuchte Wählerversammlung

tagte am Montag in der Aula der Reutlinger Oberschule (Emser Straße). Der geräumige Saal war bis in den letzten Winkel gefüllt. Der preussische Finanzminister Genosse Lüdemann schloß die allgemeine politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und legte unter lebhaftem Beifall dar, daß die Stärkung der Sozialdemokratie die sicherste Gewähr bietet für die Zurückdrängung der reaktionären Parteien, die aus Preußen und dem Reich wieder einen „Ordnungsstaat“ im altpreussischen Sinne machen möchten, wo die Junker herrschen wollen und das Volk gehorchen soll.

In der Diskussion benutzten zwei der A.N.D. angehörende Redner die Gelegenheit, um sich als hellste antiparlamentarische Wirtsköpfe zu produzieren. — Nachdem Genosse Lüdemann im Schlusswort noch einige in der Diskussion angeschnittene Fragen behandelt hatte, endete die Versammlung in bester Stimmung.

Die Beamten der grünen und blauen Polizei waren zu einer öffentlichen Wählerversammlung von unseren Genossen aufgerufen worden und waren am Montag der Einladung zahlreich gefolgt. Der große Saal von Hauerland war bis zum letzten Platz von Beamten gefüllt. Auch einige Offiziere waren erschienen. Genosse Polizeireis Dr. Oronfeldt als erster Referent schilderte eindrucksvoll die Errungenschaften der Revolution, die auch den Beamten zum freien und gleichberechtigten Staatsbürger gemacht habe. In der Beamtenschaft liege es nunmehr, diese Rechte mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu sichern und zu erweitern. Dazu gehöre auch die Stellungnahme bei den Landtagswahlen im sozialdemokratischen Sinne. Die beiden Angriffe des nationaler Monarchisten gegen die Sozialdemokratie und gegen ihr Wirken in Regierungsstellen geistete Redner treffend, indem er unter Ver-

wendung eines reichen Materials die Tatsachen sprechen ließ und darlegte, daß in zwei Jahren nicht aufgebaut werden könne, was der blutigste und opferreichste Krieg der Weltgeschichte vernichtet habe. Als fester Hort des republikanischen und demokratischen Gedankens stehe die Sozialdemokratie da, deren Ziel es sei: durch die Demokratie zum Sozialismus. Die Reaktion in Deutschland sei wieder am Werke. Bei den Wahlen in Preußen, einem wichtigen Bestandteil des Reiches, müßten ihre dunklen Pläne durchkreuzt werden. Wer sein Vaterland frei sehen wolle, der wähle sozialdemokratisch. (Bräuder Beifall.)

Das zweite Referat hielt Genosse Kieffahl vom Republikanischen Führerband, den die versammelten Beamten mit Beifall begrüßten. Er betonte unter anderem, daß es das System des alten preussischen Militarismus gewesen sei, das uns die ganze Welt zum Feinde gemacht hat. Wilhelmshelmentaten in der deutschen Politik, der wilhelminische Juttagakturs, fanden im Redner einen scharfen, von Sachkenntnis getragenen Kritiker. Die mehrfache spontane Zustimmung der Anwesenden bewies, daß auch die Polizeibeamten das alte System als verbrecherisch und kulturfeindlich empfinden und sozialdemokratisch denken lernen. Genosse Albinus behandelte dann besonders die Verhältnisse in der Sicherheitspolizei. Seine Kritik des dort gepflegten militärischen Drills wurde ebenfalls stürmisch applaudiert. Die weitere Diskussion zeugte gleichfalls von einem gefunden Sinn für die Erfordernisse der Zeit. Beamte, wählt am 20. Februar sozialdemokratisch, so halte es aus jeder Rede.

In einem überfüllten Saal des Volkshauses Charlottenburg sprach gestern Abend Genosse Rudolf Wiffell über das Thema: Preußen in Gefahr! Hunderte von Personen mußten wegen Ueberfüllung den Heimweg wieder antreten. Nach den durchaus sachlichen, mit überaus starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten sprachen zwei Linkerdebate, welche durch ihre Ausführungen nur die Gefühle der Deutschnationalen besorgten. Dem Genossen Wiffell war es ein leichtes, in kurzen Worten unter stürmischen Beifall der Versammelten das Treiben dieser Sorte Wankhülben zu kennzeichnen. Die ruhig verlaufene Versammlung bewies, daß die Kommissierung der Charlottenburger Parteigenossen auf ihrer alten Höhe ist.

Ueberfall auf einen Eisenbahnwärtter.

Gestern Abend wurde in der Heidestraße vor dem Eingang des Güterbahnhofes der Eisenbahnwärtter Kühne von drei Mann überfallen, niedergeschlagen, mit der Waffe bedroht und seiner Kasse, die er von der Güterabfertigung nach der Güterhauptkasse bringen mußte, beraubt. Die Täter stülpten in ein bereitstehendes Auto und fuhren in der Richtung der Henschelstraße davon. Zum Glück befanden sich gestern in der Kasse nur annähernd 1500 M., während sonst Beträge von 30 000 bis 40 000 M. darin enthalten sind. Die Täter müssen mit der Gepflogenheit der Dienststelle vertraut gewesen sein.

Der Hauswirt kann's aushalten!

In Reutlingen leiden die Bewohner der Eichenstraße 101 und 102 unter der fortwährenden Weigerung des Hauseigentümers, dem Hausportier eine ausreichende Vergütung zu geben. Von Mitte November ab, wo der Vorwinter begann, wurden vom Portier in diesen Häusern keine Reinigungsarbeiten mehr angestellt, so daß auf dem Hof, in den Fluren und auf den Treppen der Schmutz sich anhäufte. Aber der Eigentümer, ein Herr Friedmann, der noch andere Häuser und auch ein Hotel besitzt, möchte auch jetzt noch nicht zahlen, was dem Portier für die Reinigung der vier Aufgänge und des Hofes zuläuft. Da Herr Fr. nicht selber in einem dieser Häuser wohnt, so kann er's aushalten, daß die Wiederaufnahme der Reinigungsarbeiten sich weiter verzögert und noch mehr Schmutz sich ansammelt. Der Mieterrat hat sich bereits an verschiedene Behörden gewandt, um die Polizei, an das Mietverwaltungsamt, sogar an das Gericht, weil er in dem durch den Wirt verschuldeten Zustand, der die Gesundheit der Hausbewohner schwer gefährdet, eine strafbare Handlung sah. Der Amtsanwalt hat geantwortet, daß er gegen den Mann nicht einschreiten könne, und auch bei den anderen Behörden haben die Mieter bisher nicht die erwartete Unterstützung gefunden. Sollen sie versuchen, durch die ihnen vom Amtsanwalt anheimgestellte Zivilklage die im Mietvertrag ausbedingene Reinhaltung des Hauses zu erzwingen? Auch so einen Rechtsstreit kann ja ein wohlhabender Hauswirt aushalten, viel länger als seine Mieter, die in dem verunreinigten Haus wohnen müssen. Der Obmann des Mieterrates hat dem Wirt gesagt, er solle lieber gutwillig für Instandhaltung der Häuser aufwenden, was die Progressiverei kostet. Wird sich nicht endlich eine Behörde finden, die diesen Wirt zwingt, in seinen Häusern dem gesundheitsbedrohenden Zustand ein Ende zu machen?

Was ein Ehrenamt einbringt.

Die Auswahl der als Schöffen oder als Geschworene einzuberufenden Personen wird unter Mitwirkung von Vertrauensmännern besorgt. Diese werden von der Stadtordnernversammlung gewählt und arbeiten im Ehrenamt; sie erhalten aber eine kleine Vergütung. Eine Sitzung, in der sie ihre Listen der für das Schöffen- oder Geschworenenamt in Frage kommenden Personen durchzuarbeiten haben, erfordert gewöhnlich samt Hin- und Rückweg mehrere Stunden. Will man wissen, was dafür gezahlt wird? Aus einem uns vorgelegten Postanwesenungsablaß ersehen wir, daß einem Vertrauensmann für eine Sitzung 3,00 M. überhändigt wurden, nämlich 3,20 M. „Vertrauensmännergebühr“ abzüglich 11 Pf. Porto. An Unkosten hatte er gehabt 1,40 M. für die Fahrten nach und von Moabit (es war vor der letzten Straßenbahn-Abweiserhöhung) und 1,20 M. für Rückführung der Liste an das Gericht, zusammen 2,60 M. Es blieben ihm also als Ueberfluß für seinen Zeit- und Müheaufwand noch 49 Pf. Der Mann hat lange nicht so vergnügt gelacht wie beim Empfang dieser Sendung. Dasselbe wird einer uns belehren, daß ihm sein Ehrenamt überhaupt nichts einbringen darf und daß die Gebühren nur zur Unkostendeckung dienen sollen. Dann hätte er eigentlich die 49 Pf. noch zu viel erhalten und müßte sie am Ende wieder zurückzahlen?

Die Kunst, jung zu bleiben. Ueber dieses namentlich die Frauenwelt interessierende Thema spricht am Mittwoch, den 16., Donnerstag, den 17. und Freitag, den 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Vortragssaal von Hermann Tieck, Alexanderplatz, 3. Stock (Exterkulturdamenklub), Herr Reinhold Gerling.

Englisch-amerikanische Vortragsreihe im Englischen Gymn., Dorothienstr. 6. Freitag, den 18. Febr., 7 1/2 Uhr: Herr David Wood (Vater der englischen Kirche in Berlin), Experiences among German Military and Civilian Prisoners in England.

Eine große öffentliche Mieterversammlung findet heute Abend 7 Uhr im Jubiläumssaal des Zentral-Bücherei, Eichenstraße, statt. Zur Verhandlung steht u. a. Reichs-Mietengesetz und Mietschutz, Referent: Raskolnik, und „Wie können wir uns vor grundlosen Mietssteigerungen, Rindigungen und Exzessen“, Referent: Stern.

Die Verdrängung zu Genoa im Film. Ende Februar wird in den Sälen des Ufa-Palastes am Zoo zum erstenmal der große Guckfilm „Die Verdrängung zu Genoa“ zur Aufführung gelangen. Der gesamte Reinertrag fällt dem Schöpferband Deutscher Schiffstiller zu.

Zwei Verbandsbücher des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind am Freitag, den 11. d. Mts., abends 6 1/2—7 1/2 Uhr in der Brunnenstraße zwischen Demmlinger- und Schönholzer Straße verloren gegangen. Ein Buch Nr. 1 233 228 auf Karl Gohlke, das andere Buch Nr. 621 171 auf Herbert Rengel ausgeliefert. Der eheliche Finder wird gebeten, die Bücher gegen Erhaltung der Unkosten bei Karl Gohlke, Berlin N., Schönholzer Straße 10, z. III, abzugeben.

